

## Freibetrag auf Sozialbeiträge?

### Wie die SPD mit populistischen Vorschlägen Verwirrung stiftet

Armin Kammrad, 20. August 2016

(der Autor dankt für die Anregungen zu diesem Thema)

Klingt ja auf den ersten Blick ganz nett: Wer wenig verdient soll nicht nur weniger Steuern zahlen, sondern auch weniger an Sozialbeiträgen. So lautet in etwa der Vorschlag des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, den er - laut Rheinischen Post vom 15. August<sup>1</sup> - für eine Vorbereitung des SPD-Wahlkampfes noch ausarbeiten will. *"Ein Freibetrag für Sozialabgaben analog zum Steuerfreibetrag wäre ein Instrument, das wirklich hilft"*, meint er. *"Das Geld, das dadurch fehlt, will Schäfer-Gümbel über eine "leistungsgerechtere Beteiligung höherer Einkommen und Vermögen" hereinholen. (...) DGB-Vorstand Annelie Buntenbach begrüßte Schäfer-Gümbels Pläne heute grundsätzlich, mahnte aber an, die "Beitragsausfälle aus Steuermitteln vollständig gegenfinanziert werden" müssten, weil die Entlasteten sonst Nachteile bei der Rente hätten"*, kommentiert Peter Mühlbauer das Konzept und die erste Position des DGB dazu<sup>2</sup>. Eine Frage, die sich jedoch - nicht nur mir - stellt: Was veranlasst Annelie Buntenbach zu diesen grundsätzlichen Willkommensgruß? Und das noch zu einem Zeitpunkt, an dem der SPD-Vorschlag die Grenze populistischer Unbestimmtheit nicht überschreitet.

So reiben sich die Arbeitgeber sicher bei solch einem Vorschlag die Hände, wenn auch sie von solchen Freibeträgen ebenfalls profitieren. Denn bisher sind die Beiträge für sie verdienstabhängige "Lohnnebenkosten" und - wenn auch nicht mehr paritätisch - so beteiligt sich auch die Arbeitgeberseite daran. Was gibt es Profitableres, als wenn hier Steuergelder die bisherigen Ausgaben ausgleichen? Und von mehr als einer "vollständigen" Gegenfinanzierung aus Steuermitteln spricht auch Schäfer-Gümbel nicht. Hier hilft auch der Verweis auf eine *"leistungsgerechtere Beteiligung höherer Einkommen und Vermögen"* nicht viel weiter. Denn diese ist zwar ohne Frage etwas, was längst überfällig ist. Aber was hat dies mit einem Freibetrag auf Sozialbeiträge zu tun? Und - welche Überraschung - davon, dass die Arbeitgeber bei einem solchen Freibetrag künftig mehr an Sozialabgaben zahlen müssten als die bei ihnen abhängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, davon spricht Schäfer-Gümbel nicht. Wäre das sein Ziel, hätte er es auch einfach haben können. Denn es gibt genug Gründe, dass die Arbeitgeber im Sinne der Sozialverpflichtung des Grundgesetzes finanziell mehr soziale Verantwortung übernehmen. Aber dazu braucht man keinen Freibetrag. Eine existenzsichernde Mindestrente, eine Befreiung von sämtlichen Zusatzkosten bei Krankheit und ein deutlich höherer Regelsatz oder sogar ein ausreichend hohes bedingungsloses Grundeinkommen aus einer höheren Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen - all das wäre eine bessere Geldanlage für soziale Belange, als ein Freibetrag auf Sozialbeiträge, welche immer unsozialer aufgrund fehlender Einnahmen werden. Wie wäre es denn wenigstens mit einem deutlich höheren gesetzlichen Mindestlohn? Dann zahlen nämlich auch die Arbeitgeber höhere Sozialabgaben und die Einnahmen der Sozialversicherungen würden steigen.

Eins scheint Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand allerdings klar zu sein: Geringere Beiträge für die Sozialversicherungen bedeuten auch weniger Leistung. Nur genau deshalb, sollten die Gewerkschaften auch den Vorschlag grundsätzlich ablehnen. Die ganze Verschiebung in den Steuerbereich macht auch alles ziemlich undurchsichtig. Erstens ist höchstrichterlich festgestellt, dass Steuern nicht zweckgebunden erhoben und verwendet werden müssen, zweitens sitzt hier aktuell Herr Schäuble mit seiner Schuldenbremse. Der bei der Regierung beliebte Begriff der "Gegenfinanzierung" bringt bereits zum Ausdruck, dass man dem Finanzminister beim Rapport damit beruhigen will, dass der Vorschlag, den man sich ausgedacht hat, auf keinen Fall zusätzliche Kosten verursacht.

Viel sinnvoller ist deshalb eine unmittelbare Kopplung von Sozialleistungen an den Gewinn aus der Anwendung von Arbeit, inklusive dessen, was man durch Auslagerung von Arbeit durch mehr Technologieinsatz oder Personalabbau einspart. Hier herrscht totale Verantwortungslosigkeit, wie die immer gegenläufigere Entwicklung bei der Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum zwischen Kapital

und Arbeit zeigt. Statt Wachstum des Reichtums einiger Weniger wäre ein Wachstum sozialer Sicherheit auf Kosten der Reichen viel interessanter. Aber auf solchen, wirklich einmal - im Sinne der wörtlichen Bedeutung dieser Bezeichnung - sozialdemokratischen Vorschlag, wird man wohl aus Kreisen der SPD vergeblich warten.

---

<sup>1</sup> <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/spd-plant-steuerfreibetrag-bei-sozialabgaben-aid-1.6186520>

<sup>2</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49144/1.html>